Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 79 (1999)
Heft: 11

Artikel: Über die Grenze
Autor: Münz, Rainer
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-166146

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rainer Münz,
geboren 1954 in Basel, Promotion 1978, Habilitation 1986 an der Universität Wien, von 1990 bis 1992 Direktor des Instituts für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, seit 1992 Professor für Bevölkerungswissenschaft an der Humboldt-Universität, Berlin.

Über die Grenze

Nur zehn Jahre ist es her. Da träumten wir von einem Europa ohne Grenzen und empörten uns über den Eisernen Vorhang. Am Walserberg bei Salzburg oder bei Lochau hinter Bregenz im Stau zu stecken, war lästig. Aber am Bahnhof Friedrichstrasse nach Ost-Berlin oder über Bayerisch Eisenstein nach Böhmen einzureisen, das war entwürdigend. Sichtvermerke und Zwangsumtausch, Gesichts- und Gepäckkontrolle, Beschlagnahme von Zeitschriften und peinliche Befragung nach Ziel oder Zweck der Reise vermittelten den Einreisenden aus dem Westen regelmässig das Gefühl, rechtlose Bittsteller, ertappte Halbkriminelle oder unerwünschte Eindringlinge zu sein. Dies hatte System. Westler waren tatsächlich unerwünscht.

Trotz krampfhaft betonter Weltoffenheit, trotz des Geredes vom *«antifaschistischen Schutzwall»*, dessen Selbstschussanlagen paradoxerweise nach innen zielten, fürchteten sich die realsozialistischen Regime weniger vor Saboteuren, Spionen, Alt- und Neofaschisten. Eher befürchteten sie den Kontakt ihrer Bürgerinnen und Bürger mit westlichen Durchschnittstouristen. Deren Lebensstandard und Lebensart widersprach allen Hinweisen auf Dauerkrise, Entfremdung und Elend in der kapitalistischen Marktwirtschaft. Eben deshalb versuchte sich der Osten abzuschotten: Nicht zuletzt mit den Mitteln der Schikane an der Grenze, die in erster Linie westliche Kurzurlauber abschrecken sollten; aber auch durch rigorose Reisebeschränkungen für die eigenen Bürger. Viele Westeuropäer fuhren nie nach Prag, Dresden, Krakau oder Leningrad / St. Petersburg, obwohl sie damals problemlos ein Visum erhalten hätten.

Im Osten selbst versagte die Strategie der Abschottung. Eiserner Vorhang und Mauer verhinderten zwar die Massenflucht von Unzufriedenen, aber die grosse Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger Ost-Mitteleuropas und der ehemaligen Sowjetunion wollte bloss reisen, nicht auswandern. Im eigenen Land eingesperrt zu sein, deprimierte viele, nährte die Unzufriedenheit und kränkte das kollektive Selbstbewusstsein.

An die Stelle eigener Erfahrungen und Erkundungen im westlichen Ausland aber traten Fernsehbilder. Die Bewohner des Baltikums, der polnischen Ostseeküste, fast der gesamten DDR, weiter Teile Böhmens, Mährens, der Slowakei und Ungarns drehten einfach ihre TV-Antennen Richtung Westen. Nicht ohne Folgen: Die Tristesse des östlichen Alltags wurde plötzlich an der Hochglanz-Welt westlicher TV-Werbung gemessen. Zugleich aber öffnete das Westfernsehen die Chance zur kleinen Flucht via Bildschirm über die Grenze.

Transitlawine

Heute ist alles anders. Mauer und Eiserner Vorhang sind weg. Die Fernsehantennen Ost-Mitteleuropas und des Baltikums sind wieder auf landeseigene Sender gerichtet. Und wer via TV flüchten will, braucht in Ost und West nun einen Satellitenempfänger auf dem Dach. Westeuropa ist der Nachkriegsvision eines (Halb-)Kontinents ohne Grenzen näher, als so manchem Realisten, so mancher Träumerin lieb ist. Die EU-Binnengrenzen sind nach dem Beitritt der meisten Staaten Westeuropas zum Schengener Abkommen völlig durchlässig geworden. Nur die Schweiz bildet inmitten Europas noch eine «Insel» mit klassischer Sichtkontrolle bei Ein- und Ausreise. Anderswo sehen Anti-Terror-Spezialisten, Drogenfahnder und Meldebehörden den

Erfolg ihrer Arbeit gefährdet. Zöllner und Grenzpolizisten etlicher westlicher Länder verloren ihre Arbeitsplätze. Allenfalls bearbeiten sie noch Durchfahrtgenehmigungen und Frachtpapiere von Fernlastwagen.

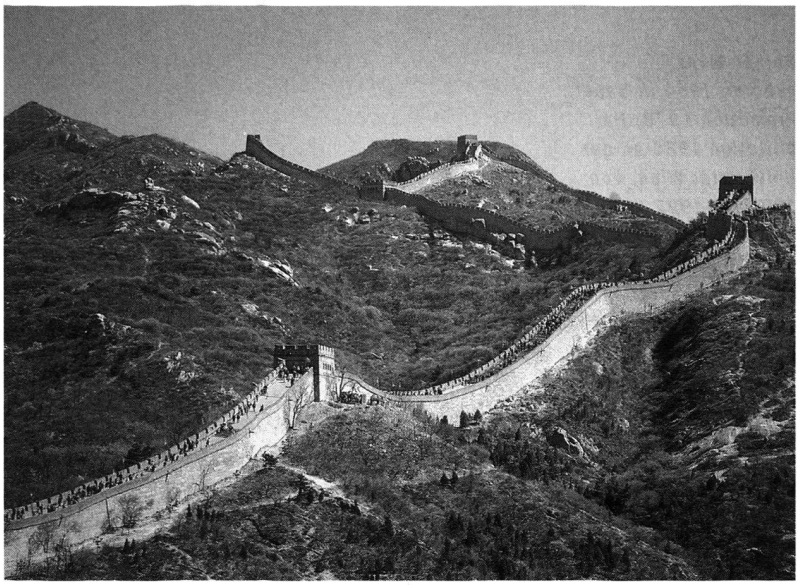
Zum Bild der nun endlich freien Fahrt quer durch das «Schengenland» gesellt sich ein zweites – die Vision einer enormen Transitlawine. Bis zum Jahr 2010 wird sich der Güterverkehr auf Europas Strassen voraussichtlich um 40 Prozent vergrössern. Dafür sorgen Ostöffnung, einheitlicher Binnenmarkt, unzureichende Schwerverkehrsabgaben und schliesslich der Wegfall lästiger Wartezeiten an den alten Staatsgrenzen.

Auch zwischen West und Ost wurden die Grenzen durchlässiger, wenngleich hier niemand bloss an Zollschranken vorbeigewunken wird. Im Gegenteil. Zum einen zwingt Westeuropa seine östlichen Nachbarn zu strengerem Vorgehen, um die Last der Sicherung seiner Aussengrenzen zum Teil auf die östlichen Nachbarstaaten abzuwälzen. Und die machen mit, weil sie eines nicht allzu fernen Tages selbst Mitglieder der EU und des Schengener Abkommens sein wollen. Hauptleidtragende sind die baltischen, weissrussischen, ukrainischen und rumänischen Pendler und Reisenden, die nach 1990 ein paar Jahre lang relativ mühelos nach Polen und Ungarn fahren konnten. Zum anderen wachen junge Demokratien und neue Nationalstaaten in der östlichen Hälfte Europas heute eifersüchtiger denn je über Insignien ihrer Souveränität. Und diese werden nirgendwo so deutlich wie an alten und neuerrichteten Staatsgrenzen. Hier sind bunte Schlagbäume in neuen Landesfarben, neue Wappen, Flaggen, Uniformen, Pässe und Stempel konzentriert. Und das Ritual der Passkontrolle macht nicht nur den Fremden, sondern vor allem den eigenen Landsleuten klar, wer heute das Sagen hat: Esten, Litauer, Ukrainer, Slowaken, Kroaten, Slowenen usw. statt sowjetischer bzw. jugoslawischer Grenzer oder tschechoslowakischer Bundesorgane.

Verkehrte Welt

An eine Abschaffung der Grenzkontrollen zwischen Ost-Mitteleuropa, dem Balkan und dem Westen wagt heute niemand zu denken. Das Gegenteil ist der Fall. Wo einst am Eisernen Vorhang zwei politische und militärische Blöcke aufeinanderprallten, patroullieren jetzt – nach einer kurzen historischen «Schrecksekunde» wirklich grüner Grenzen – die schwedische Küstenwache, der deutsche Bundesgrenzschutz und Österreichs Bundesheer. Bulgaren und Rumänen benötigen wieder ein Visum für die Reise nach Westeuropa, Russen, Ukrainer und andere GUS-Bürger sowieso. Nun sind sie es, die Geld in konvertibler Westwährung, Einladungsschreiben und Rückreisetickets vorweisen müssen. Denn jetzt stehen sie im Verdacht, eigentlich gar keine Touristen zu sein, sondern Möchtegern-Zuwanderer, Gelegenheitsarbeiter, Schieber, fliegende Händler, Kleinkriminelle. Und mit dieser Pauschalverdächtigung rechtfertigt der Westen heute eine ganze Reihe alt-neuer Massnahmen seinen Grenzen samt entsprechender Behandlung derer, die da kommen. Von den Bürgern Ostmittel- und Osteuropas, die dafür aus der Zeit vor 1989 eine besondere Sensibilität besitzen, werden diese Massnahmen oft auch als Schikanen empfunden.

Wen stört es, wenn Polen oder Rumänen bei der Einreise 12 Stunden warten müssen, weil die Kontrollorgane der Schengen-Länder zu allererst prüfen, ob die Autos westliche Abgasnormen erfüllen? Diese Frage stellte einst ein Spitzenpolitiker der österreichischen Sozialdemokratie. Er dürfte vielen aus der Seele ge-



Die Grosse Mauer, einst 2300 Kilometer lang. Sie schützt heute kein Reich mehr, sie trennt heute die Menschen nicht mehr, aus: Hans Küng, Spurensuche. Die Weltreligionen auf dem Weg. Piper München 1999.

Als Konsumenten sind die Mittel- und Osteuropäer den 15 alten EU-Mitgliedsstaaten durchaus willkommen, als Arbeitskräfte auf dem gemeinsamen Markt hingegen nicht.

sprochen haben: Je weniger von «denen» kommen, um so besser! Sollen sie ruhig stehen, an unserer Grenze, und warten. Länder wie Deutschland und Österreich bevorzugen zahlungskräftiges Publikum aus dem Westen.

Die Fronten haben sich verkehrt. Nun ist es der Westen, der den Verkehr zwischen Ost und West drosseln möchte. Nicht aus Angst vor Agenten, sondern weil statt des Eisernen Vorhangs eine Wohlstandsgrenze Europa erneut in zwei Teile spaltet. Deshalb geht die Angst vor Millionen von Wirtschafts- und Armutsflüchtlingen um. Jeder Aussiedler, jeder Asylbewerber, jeder ärmlich aussehende Osttourist erscheint als Vorbote dieser Entwicklung. Eben das macht den Ruf nach Abschottung gegen Osten bei uns so populär. Zugleich ist dies einer der grössten Stolpersteine bei der geplanten Osterweiterung der EU. Als Konsumenten sind die Mittel- und Osteuropäer den 15 alten EU-Mitgliedsstaaten durchaus willkommen, als Arbeitskräfte auf dem gemeinsamen Markt hingegen nicht.

Die Fronten haben sich verkehrt. Statt des Eisernen Vorhangs spaltet eine Wohlstandsgrenze Europa erneut in zwei Teile.

In Bari führte Italiens Regierung schon 1991 in grossem Stil vor, dass die Zeiten sich geändert haben. 11 000 Armutsflüchtlinge aus Albanien wurden zuerst in einem Fussballstadion konzentriert und dann binnen Wochenfrist wieder in ihre Heimat transportiert. Die EU-Partner spendeten Applaus, obwohl damals auch Asylbewerber ohne individuelles Verfahren heimgeschafft wurden.

Nicht ganz so spektakulär, aber ähnlich wirkungsvoll, ist der Einsatz österreichischer Soldaten an der Grenze zu Westungarn. Jahr für Jahr erwischen die Grundwehrdiener rund 10 000 Personen beim Grenzübertritt. Fast alle werden umgehend zurückgeschickt – kein billiges Vergnügen, wenn man bedenkt, dass sich Österreichs Steuerzahler jeden «Aufgriff» eines illegalen Grenzgängers rund 13 000 Franken kosten lassen.

Kein Werbefilm, keine Truppenparade, kein Blauhelm-Einsatz auf Zypern oder am Golan vermochte das Image des österreichischen Bundesheeres so nachhaltig zu verbessern, wie der Dienst an der Grenze. Ähnliches galt 1997 auch für den Einsatz der deutschen Bundeswehr an der Oder. Dort wurden damals zwar keine Flüchtlingsströme, sondern tatsächlich Wassermassen abgewehrt. Dem Ruf der Armeen kam beides zugute.

Im 18. und 19. Jahrhundert führten die Staaten Europas Krieg um Ackerböden und Bodenschätze. Die Konflikte waren territorialer Natur. Das machte Staatsgrenzen bisweilen schon in Friedenszeiten zu vorgeschobenen Angriffs- und Verteidigungslinien. Im 20. Jahrhundert ging es nicht mehr bloss um Eisen oder Kohle jenseits der Grenze, sondern um die Führungsrolle in Europa. Deutschland griff zweimal danach und zettelte dafür zwei Weltkriege an.

Nach 1945 teilten die USA und die Sowjetunion als eigentliche Kriegsgewinner Europa in Einflusszonen. Beide Supermächte garantierten im eigenen Einflussbereich nicht bloss den Frieden, sondern setzten auch ihr System durch. Im Kalten Krieg war diese Systemkonkurrenz eine zentrale Konfliktursache. Beiden Seiten ging es nicht nur um das politische Überleben des jeweils eigenen Modells, sondern auch um den Beweis von Überlegenheit. An der Staats- und Systemgrenze zwischen Ost und West war diese Konfrontation noch deutlicher spürbar als anderswo. Zugleich bewies jeder Ostflüchtling die höhere Attraktivität der westlichen Seite. Denn von Absetzbewegungen aus dem Westen in den Osten war nichts zu bemerken. Sonst hatte die Aufnahme von Flüchtlingen neben dem humanitären Aspekt auch eine eminent politische Funktion. Davon kann seit 1989/90 keine Rede mehr sein.

Heute sind die Konflikte in Europa kaum noch ideologischer oder territorialer Natur. Bosnien, Kosovo und Zypern sind Ausnahmefälle. Im Zentrum steht jetzt ein Verteilungskonflikt. Die Frage lautet schlicht: Wer darf am Wohlstand des Westens teilhaben? Damit wird Landesverteidigung zum Schutz der Grenzen, der Bewohner und des Territoriums und der Wohlstandsinseln vor Armutsflüchtlingen. Nur deshalb betreiben Deutschland, Österreich, Finnland, Schweden, Spanien und Italien heute wieder aktiven Grenzschutz. Dabei geht es um keine militärische Auseinandersetzung. Nicht die Grenzen sind in Gefahr, sondern höchstens ein Stück unseres Wohlstandes, der eben nur bis an jene alte Ost-West-Grenze und bis ans europäische Ufer des Mittelmeeres reicht. ✦